

10,5 Prozent mehr: real und angemessen

VBE zur Tarifrunde TVöD 2023

Am 11. Oktober 2022 wurde die gewerkschaftliche Forderung für die am 24. Januar 2023 beginnende Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen kommuniziert. Im Verband Bildung und Erziehung (VBE) sind hiervon die Mitglieder betroffen, die als Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst tätig sind. Der VBE vertritt die Interessen der Kolleginnen und Kollegen durch seine Mitglieder in der Bundestarifkommission seines Dachverbands, dem dbb beamtenbund und tarifunion.

dbb:
wir.
für euch. **10,5%**
500 Euro
mindestens

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, kommentiert dazu: „Die [Forderung](#) nach 10,5 Prozent und mindestens 500 Euro mehr Einkommen ist absolut angemessen. Erst recht, wenn man sich vor Augen führt, dass der frühkindliche Bildungsbereich von eklatantem Fachkräftemangel, enormen Herausforderungen im Kontext von Coronapandemie, Integration, Inklusion und künftigen Mehrbelastungen durch Ganztagsangebote geprägt ist. Hinzu kommt, dass auch die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst enorme finanzielle Mehrbelastungen schultern müssen. Dem muss eine deutliche finanzielle Wertschätzung entgegengebracht werden. Ein Reallohnverlust ist in jedem Fall zu vermeiden. Mehr noch, der Beruf muss für die im System engagierten Beschäftigten und künftig dringend benötigten Fachkräfte attraktiver werden. Die Arbeitgeber müssen in der Einkommensrunde ein glasklares und angemessenes Zeichen in Richtung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst setzen, welches zeigt: Wir haben verstanden.“

Wahlen des VBE Rheinland-Pfalz und des BPV: Klares Votum für Lars Lamowski und Hartmut Stäker

Unter dem Motto „Höchste Zeit für Schule!“ tagte die Delegiertenversammlung des VBE Rheinland-Pfalz vom 23. – 24. September 2022 in Mainz. Zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde Lars Lamowski, als neuer Geschäftsführer gewählt wurde Oliver Pick. Zu den Rednerinnen und Rednern am zweiten (öffentlichen) Tag der Veranstaltung zählten die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sowie der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Udo Beckmann.

Zwei Wochen später, am 8. Oktober 2022, trafen sich die Delegierten der brandenburgischen Kreis- und Regionalverbände in Potsdam, um den neuen geschäftsführenden Vorstand des Brandenburgischen Pädagogen-Verbandes (BPV) zu wählen. Als Präsident im Amt bestätigt wurde Hartmut Stäker. Bereits im Vorfeld des Landesverbandstages lud der BPV zu einer öffentlichen Veranstaltung ein, der mehr als 100 Teilnehmende folgten. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden hier zentrale bildungspolitische Fragen diskutiert. Als Rednerin sprach die brandenburgische Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Britta Ernst, zu den Delegierten. Im abschließenden Beitrag der Veranstaltung stellte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, die aus seiner Sicht vordringlichsten Aufgaben der Bildungspolitik – immer wieder durch den Beifall der Delegierten unterstützt – in den Fokus und die Aussagen der Ministerin auf den Prüfstand.

In Richtung der neu gewählten Kolleginnen und Kollegen in beiden Landesverbänden kommentiert Beckmann: „Den Kollegen Lars Lamowski und Hartmut Stäker und allen gewählten Kolleginnen und Kollegen gratuliere ich herzlich zu ihrer Wahl. Ihnen allen gilt mein Dank für ihr Engagement im jeweiligen VBE Landesverband und für ihren Einsatz für die gemeinsamen Ziele des VBE. Ich freue mich auf die Fortführung der konstruktiven Zusammenarbeit auf Bundesebene.“



Der neu gewählte Landesvorstand des VBE Rheinland-Pfalz um den neuen Landesvorsitzenden Lars Lamowski (2. v. r.)



Der neu gewählte geschäftsführende Vorstand des Brandenburgischen Pädagogen-Verbandes (BPV) um den im Amt bestätigten Präsidenten Hartmut Stäker (5. v. l.)



Udo Beckmann und
Thomas Jarzombek im Dialog

VBE Bundesvorsitzender im Gespräch mit Thomas Jarzombek

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, hat sich am 20. Oktober 2022 zum gemeinsamen Austausch mit Thomas Jarzombek getroffen. Dieser ist Mitglied des Bundestages und Vorsitzender der AG Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Er wurde begleitet von seinem Referenten, Lukas Neuhaus. Die Gesprächspartner tauschten sich vor allem zu der Frage aus, inwieweit das von der Bundesregierung aufgesetzte Programm zum Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen bei Kindern und Jugendlichen sowie zur Milderung der psychosozialen Folgen den gewünschten Beitrag geleistet hat.

Weitgehende Einigkeit bestand bei den großen Bildungsthemen Fachkräftemangel in Schulen und Kitas und beim Thema Digitalisierung. Besonders erstes müsse umgehend angegangen und die offensichtlichen Herausforderungen gelöst werden. Nur so sei die dringend notwendige Entlastung in den Schulen und Kitas zu erzielen und Bildungsqualität zu gewährleisten.

Besorgniserregende Zuspitzungen: IQB-Bildungstrend und Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme

Die Studien, Umfragen, Gutachten und Expertisen, die die Missstände in Schule und Kita aus den unterschiedlichsten Perspektiven beleuchten und die Voraussagen des VBE bekräftigen, häufen sich. Die neueste von der Kultusministerkonferenz (KMK) beauftragte Studie „IQB-Bildungstrend 2021“ erhebt die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe. Veröffentlicht am 17. Oktober 2022 ist es der dritte Ländervergleich der IQB und die Ergebnisse sind alarmierend. Die Kompetenzen der Viertklässler:innen in den Bereichen Lesen, Zuhören sowie Orthografie und Mathematik nehmen kontinuierlich ab. Zunehmend mehr Schüler:innen erreichen die Mindeststandards nicht und die soziale Schere klafft immer weiter auseinander: Gerade die Schwächsten und Förderbedürftigsten werden immer mehr abgehängt. Ungleichheiten in Abhängigkeit von sozialem und zugewanderungsbezogenem Hintergrund haben sich ebenfalls weiter verstärkt. Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des VBE, Arbeitsbereich Schul- und Bildungspolitik, und Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands [BLV](#) kommentiert die Ergebnisse aus Bundesperspektive: „Wir Lehrerinnen und Lehrer wissen das natürlich. Wir wissen ganz genau, wo unsere Schülerinnen und Schüler stehen. Dazu brauchen wir keine groß angelegten Studien. Aber es tut auch gut zu sehen, dass wir richtig liegen und belegen zu können, wo wir heute an den Schulen stehen. Und diese validen Zahlen sind wichtig, um politische Forderungen abzuleiten und zu untermauern! Wenn unsere Forderungen nach Inklusion, nach multiprofessionellen Teams, nach individueller Förderung, nach professionellen Lehrerinnen und Lehrern aber ins Leere laufen, weil eben hinten und vorne Personal fehlt, dann nützt natürlich alles nichts. Wenn Profis wie Schulpsycholog:innen und Beratungslehrkräfte da sind, aber wegen des Personalmangels die Klassenleitung übernehmen müssen, statt ihre spezifischen Kompetenzen einzubringen, dann sind wir machtlos.“



Dass die Probleme nicht erst in der Schule beginnen, sondern massive Missstände mit entsprechenden Folgen für die Kinder bereits im frühkindlichen Bereich bestehen, hat die im Frühjahr vom VBE mitherausgegebene [DKLK-Studie](#) erneut bestätigt. Nun untermauert das von der Bertelsmann Stiftung herausgegebene Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme diese Erkenntnisse mit mehr als besorgniserregenden Zahlen: Im Jahr 2023 fehlen demnach rund 384.000 Kita-Plätze, der Fachkraft-Kind-Schlüssel liegt in Ostdeutschland in 90 Prozent, in Westdeutschland in 63 Prozent unterhalb der wissenschaftlichen Empfehlungen. Allein um dieses Defizit auszugleichen, müssten laut Studie 308.800 Fachkräfte zusätzlich beschäftigt werden. Dazu kommentiert der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann: „Die Ergebnisse zeigen einmal mehr erschreckend deutlich: Die Bildungs- und Betreuungsqualität in den Kitas ist massiv gefährdet, der Mangel an Fachkräften ist eklatant, das Platzangebot reicht bei Weitem nicht aus! Die Zahlen belegen, dass die bisherigen Maßnahmen der Politik absolut unzureichend sind. Das politische Versagen in der Vergangenheit gefährdet die Zukunft der Kinder und, infolge ständiger Überlastung, die Gesundheit des pädagogischen Fachpersonals. Der Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungsplatz wird vielerorts ad absurdum geführt. Die Situation lässt sich nicht mehr schönreden. Die Personallage in den Kitas entspricht immer mehr einer Notversorgung. Individuelle Förderung zur Behebung von Bildungsungerechtigkeit ist kaum möglich. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Kinder derzeit von einem unterfinanzierten Teil des Bildungssystems, der Kita, in den nächsten unterfinanzierten Bereich, die Schule, weitergereicht werden. Das ist unverantwortlich.“

Was es braucht und was der VBE fordert, können Sie ausführlich auf www.vbe.de nachlesen. Wir kämpfen weiter dafür, dass die Politik entsprechend handelt.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE